Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4839**
16. Wahlperiode 27. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4055 –

Für ein Entwicklungspartnerschaftsabkommen der Europäischen Union (EU) mit den Staaten der Afrika-, Karibik-, Pazifikgruppe (AKP)

A. Problem

Entwicklungspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4055 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Hellmut Königshaus, Heike Hänsel und Thilo Hoppe

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4055** in seiner 77. Sitzung am 19. Januar 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 31. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratung

Die antragstellende **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, sie stehe marktwirtschaftlichen Prinzipien und dem Freihandel differenziert gegenüber und befürworte grundsätzlich eine stärkere Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt. Während das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung versuche, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen so entwicklungsverträglich wie möglich auszugestalten, verdichte sich der Eindruck, dass die Europäische Kommission sich im Gegensatz dazu für die europäische Export- und Agrarindustrie einsetze. Viele AKP-Länder hätten deshalb die Verhandlungsführung der Europäischen Union kritisiert. Deren Einschätzung, dass die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen den AKP-Ländern nicht zugute kämen, sei zu teilen. Es sei zwar grundsätzlich richtig, Verhandlungen über die Neugestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen in Angriff zu nehmen, weil die Präferenzsysteme mit dem WTO-Recht (WTO: Welthandelsorganisation) nicht kompatibel und zudem für die Entwicklungsländer nicht nur vorteilhaft seien. Messlatte bei den Verhandlungen müsse ihr Beitrag zur Armutsbekämpfung sein. Dennoch sei nicht hinreichend untersucht worden, wie sich die europäische Strategie der Zollsenkungen und der stärkeren Marktöffnung auf verletzliche Bevölkerungsgruppen auswirkt. Grenzenloser Liberalismus und Freihandel seien nicht der Königsweg. Wenn eine sich im Aufbau befindende Industrie oder Kleinbauern in den Entwicklungsländern nicht die Möglichkeit hätten, sich vor steuerfinanzierten Dumpingprodukten zu schützen, weil sie zu radikalen Zollsenkungen gezwungen würden, lieferte man sie der übermäßigen Konkurrenz der Europäischen Union aus. Alle Entwicklungsländer hätten in ihrer Aufbauphase berechtigterweise protektionistische Ausnahmen ergriffen. Sie kritisierte, dass die Singapur-Themen von der Europäischen Union gegenüber den AKP-Staaten sehr offensiv vertreten würden, obwohl diese zurzeit in der WTO blockiert würden. Deshalb bestehe die Gefahr, dass eine Durchsetzung dieser Themen bei den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die WTO-Verhandlungen in Richtung Liberalismus beeinflussten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssten als Entwicklungspartnerschaftsabkommen ausgestaltet werden. Die Zahl der Hungernden sei wichtiger als die Wachstumsraten.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Bedeutung von Handel und globalen Rahmenbedingungen in der Entwicklungszusammenarbeit. „Aid for Trade" sei insbesondere für die ärmsten Entwicklungsländer ein wichtiges Stichwort. In diesem Zusammenhang sei die Frage zu stellen, warum in vielen Ländern trotz der Präferenzsysteme und trotz des gewohnten und zollfreien Marktzugangs so wenig erreicht worden sei. Es sei zu hoffen, dass durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen eine grundlegende Verbesserung erreicht wäre. Wichtig sei es, die regionale Integration zu verstärken, da bislang der Handel zwischen den AKP-Staaten durch Zölle belastet werde. Nur größere Märkte insbesondere innerhalb Afrikas könnten global wettbewerbsfähig sein. Hohe Zölle führten zu einer Abschottung der Industrie, zudem kämen die Zolleinnahmen vielfach nicht den Armen zugute. Die Singapur-Themen seien im Rahmen der WTO-Verhandlungen zurückgestellt worden, da zuerst größere Fortschritte auf anderen Feldern, etwa beim Dumping landwirtschaftlicher Produkte durch die EU, erreicht werden müssten. Bei richtiger Ausgestaltung seien die Singapur-Themen an sich nicht von Nachteil für die Entwicklungsländer. Rechtsstaatlichkeit, Investitionsschutz und fairer Wettbewerb müssten gewährleistet werden. Insbesondere hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas sei die Integration in den Weltmarkt langfristig der einzige Weg. Ausweis hierfür sei, dass in den Regionen, wo Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut erreicht worden seien, sich diese schrittweise in den Weltmarkt integriert hätten. Allerdings seien Wohlfahrtsgewinne durch die Weltmarktintegration gerechter zu verteilen. „Fördern und Fordern" sei ein Motto, das auch für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gelte. Die Bundesregierung nehme die Aufgabe wahr, bei den Verhandlungen dafür zu sorgen, dass sich der entwicklungspolitische und nicht der wirtschaftsliberale Flügel in der EU-Kommission durchsetze.

Die **Fraktion DIE LINKE.** entgegnete, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung habe zwar mehrfach dargelegt, dass die entwicklungspolitische Komponente gestärkt werden müsse, sie habe dies aber trotz Nachfragen nie konkretisiert. Ein Veränderungswille der Bundesregierung sei nicht erkennbar, tatsächlich unterstütze sie den neoliberalen Flügel in der EU-Kommission. Nicht nur korrupte Eliten, sondern auch die Bevölkerung in den Partnerländern seien gegen die Verhandlungen, weil sie befürchteten, dass ihre subsistenzwirtschaftlichen Strukturen zugunsten größerer Strukturen zerschlagen wür-

den. Vor einer Stärkung des Exports müsse deshalb die Ernährungssicherheit der Bevölkerung sichergestellt werden. Es gehe um gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern; mit einer Politik des Förderns und Forderns komme eine paternalistische Haltung zutage. Der Wunsch nach einem Moratorium der Verhandlungen sei verständlich, zumal die Entwicklungsländer bei den Verhandlungen hinsichtlich ihrer Personalstärke und Kompetenz benachteiligt seien. Generell sei es entscheidend, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit neuen Inhalten zu versehen, die auf Subsistenz und kleine Strukturen ausgerichtet seien und nicht in erster Linie auf den Export.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstrich, dass die Entwicklungsländer Handel als Chance begriffen, wenn er so ausgestaltet sei, dass sie mit der Entwicklung Schritt halten könnten. Es sei offensichtlich, dass die Präferenzsysteme der Vergangenheit nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hätten, also seien neue Verhandlungen nötig. Hinsichtlich des Arguments, dass nach dem Abschluss der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen den Entwicklungsländern Zolleinnahmen nicht mehr zur Verfügung stünden, sei zu beachten, dass als Laufzeit 25 Jahre vorgesehen seien und die Zollsenkungen sukzessive erfolgen sollten. Mit Hilfe der Europäischen Union und unter Beachtung von „Aid for Trade“ würden Einnahmenverluste kompensiert werden. Darüber hinaus müsse sichergestellt werden, dass Einnahmen bei der Bevölkerung ankämen. Hinsichtlich der Verhandlungskompetenz der Partnerstaaten hätten die Forderungskataloge, die westafrikanische und karibische Staaten erstellt hätten, gezeigt, dass diese durchaus gegeben sei. Offen bleibe, wie damit umgegangen werde. Grundsätzlich sei bedauerlich, dass viele Nichtregierungsorganisationen nicht differenziert genug argumentierten, was die verschiedenen Probleme in den verschiedenen Regionen angehe.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, viele Punkte des Antrags erinnerten an die altbekannte Agitation der politischen Linken. Protektionismus sei das Letzte, was den Partnerländern helfen könnte. Wohlstand könne nur entstehen, wenn man auf wirtschaftliche Entwicklung statt auf Protektionismus setze. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen würden gebraucht. Die Gespräche seien weiterzuführen; dies nicht zu tun, widerspräche auch den Regeln der WTO.

Berlin, den 24. Januar 2007

Anette Hübinger Berichterstatterin	**Dr. Sascha Raabe** Berichterstatter	**Hellmut Königshaus** Berichterstatter
Heike Hänsel Berichterstatterin	**Thilo Hoppe** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333